
Kreistagsfraktion der Unabhängigen wünscht eine schöne Ferien- und Urlaubszeit

Juni 2023

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,
sehr geehrte Interessierte,

die Kreistagsfraktion der Unabhängigen wünscht Ihnen und Ihren Familien eine schöne und
erholsame Ferien- und Urlaubszeit!

Mit freundlichen Grüßen
Josef Stuke
(Fraktionsvorsitzender)

Urlaub der Fraktionsbüros

Das Büro der Kreistagsfraktion ist urlaubsbedingt vom 03.07.-21.07.2023 nicht besetzt und
das Büro der Stadtratsfraktion Hildesheim vom 24.07.-23.08.2023.

Unabhängige in Elze

Die Unabhängigen haben beantragt, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, den Abriss
der nicht mehr nutzbaren Gebäudeteile der Theodor-W.-Adorno-Schule zu beauftragen, um
das Grundstück für mögliche Investoren attraktiv zu machen. Zur Begründung führen sie
aus, dass die Schule schon seit langem leer steht, die Gebäude baufällig sind und eine Sa-
nierung nicht in Betracht kommt, da die Kosten zu hoch wären. Damit das Grundstück im
Heilswannenweg in Zukunft für Investoren oder für städtische Projekte genutzt werden kann
und nicht länger einen unansehnlichen Fleck innerhalb Elzes darstellt, sollen die Gebäude
abgerissen und das Grundstück attraktiv gemacht werden.

Weiter hat die Fraktion beantragt, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, die Sanie-
rungskosten für das Siegerdenkmal auf dem Kirchvorplatz zu ermitteln und das Denkmal auf
Standfestigkeit prüfen zu lassen. Hier führen sie zur Begründung aus, dass bei der erfolgten
Planung der Neugestaltung der oberen Hauptstraße und des Kirchenvorplatzes bislang nicht
der Zustand und die Sanierungskosten des Denkmals nicht erfasst wurden.

Unabhängige in Hildesheim

Die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause am Montag war mit einigem Zündstoff verse-
hen und dauerte 5 1/2 Stunden.

Die Vorlage der Verwaltung hatte erhebliche Diskussionen bei der Mehrheitsgruppe (SPD,
Grüne + Die Partei) zum Thema des nicht ausgeschöpften Kulturfonds hervorgerufen. Der
nicht beantragte Restbetrag von über 31.000 € sollte aus Sicht der Verwaltung dem Sport-
fonds zugeführt werden. Die Mehrheitsgruppe wollte eine Verlängerung bis 31.07.2023 ha-
ben und die Verwaltung sollte die Institutionen auffordern, noch einmal Anträge zu stellen.
Wir haben dies abgelehnt und für die Ratsvorlage gestimmt. Leider ist die Mehrheitsgruppe
durchgekommen.

Zum Thema Dammstraße haben CDU und die Mehrheitsgruppe einen weiterführenden Antrag eingereicht und haben in der Diskussion immer wieder darauf hingewiesen, dass sie mit dieser Vorlage schließlich Verantwortung übernehmen. Dies brachte den Fraktionsvorsitzenden **Hans-Uwe Bringmann** auf die Palme, denn auch unsere Unabhängigen und Michael Kriegel (FDP) hätten sich gern an der Vorlage beteiligt, sind aber nicht angesprochen und somit außen vor gelassen worden. Wir übernehmen schließlich auch Verantwortung für unsere Bürger und die Kaufleute der Innenstadt und haben das wiederholt in der Diskussion betont! Auch in den Ortsräten Moritzberg (**Bringmann**) und Stadtmitte (**Kressmann**) haben wir entsprechende Vorlagen in die Gremien eingebracht.

Thema Wohnmobilstellplatzanlage am Vier Linden:

Im Jahr 2019 haben die Unabhängigen mit der FDP bereits dieses Thema aufgegriffen und zunächst 80.000 € in den Haushalt für Planungskosten eingebracht. In 2020 wurde daraufhin für Planung und Gutachten 360.000 € für das Areal Vier Linden zugestimmt. Nun soll die Realisierung 1,6 Mio. € kosten. Wir sehen das als Marketinginstrument für unsere Welterbe- und Einkaufsstadt.

Die Mehrheitsgruppe brachte nun innerhalb der Ratssitzung einen Änderungsantrag mit Reduzierung der Investitionen auf 1 Mio. € und zunächst Vorlage eines Betriebskonzeptes von einem Betreiber ein. Dies wird aus unserer Sicht die Realisierung erheblich verzögern und wir haben schließlich für die Vorlage der Verwaltung gestimmt, damit in 2025 die Anlage gebaut werden kann. Leider ist die Mehrheitsgruppe mit ihrem Antrag, der völlig an der Realität vorbeigeht, durchgekommen.

Thema Vielfaltampeln:

Eine widerliche Diskussion seitens der IKL (siehe HAZ vom 28.06.2023). Die Ratsherren **Bringmann & Parlak** haben den Ratssaal verlassen, solange der IKL-Ratsherr gesprochen hat. Schon in der VA-Sitzung hat Fraktionsvorsitzender **H.-Uwe Bringmann** die Mehrheitsgruppe gebeten den Antrag zu ändern und die Haushaltsmittel von 800 € aus dem Antrag zu nehmen und die gewünschten Scheiben über Spenden zu finanzieren. Die Mehrheitsgruppe versprach darüber nachzudenken, was sie aber nicht getan hat, denn der Antrag blieb wie er war. In Göttingen wurden diese Ampelscheiben von Sartorius komplett bezahlt. Ratsherr **Bringmann** unterstützt seit Jahren Queerbeet e.V. und hat sein Abstimmungsverhalten erklärt, warum er gegen den Antrag stimmen werde. Daraufhin hat Ratsherr Hirbod ein unverschämtes Verhalten an den Tag gelegt und **Bringmann** rügte ihn dafür. Anstand war bei dem Parteiratsherren vollkommen verloren gegangen.

gez. H.-Uwe Bringmann

Unabhängige im Kreistag

Bezugnehmend auf einen Bericht in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung vom 17.06.2023 mit der Überschrift „Erneut Schulbusärger im Südkreis - Eltern sind sauer“ hat die Kreistagsfraktion beantragt, dass Thema auf die Tagesordnung der Sitzung des Schulausschuss am 22.06.2023 zu nehmen und umfassend auf die dort dargestellte Situation einzugehen und darzulegen, ob und in welcher Weise eine sichere Beförderung der Schülerinnen und Schülern sichergestellt ist.

Gemeinsam mit der FDP-Fraktion hat unsere Kreistagsfraktion beantragt, einen Tagesordnungspunkt zum Thema des Sanierungs- und Finanzbedarf der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH für die Sitzungen des Ausschusses A1 Finanzen, Personal, Digitalisierung

und Innere Dienste am 21.06.2023, des Kreisausschusses am 26.06.2023 und des Kreistags am 29.06.2023 aufzunehmen.

Weiter haben sie beantragt, dass die Landkreisverwaltung im Rahmen der Kreistagssitzung am 29.06.2023 zum aktuellen Stand des Sanierungs- und Finanzbedarfs der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH, insbesondere bzgl. des Sole-, Frei- und Hallenbads in Bad Salzdetfurth, berichtet.

Ausweislich der Antwort der Landkreisverwaltung auf die Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.08.2022 (73/XIX) ging das langjährig betreuende Ingenieurbüro von einer weiteren maximalen Lebensdauer des Sole-, Frei- und Hallenbads in Bad Salzdetfurth von 5 – 8 Jahren aus. Es müsse deshalb „in nicht zu ferner Zeit eine Abschätzung erfolgen, wie der Fortbestand eines Soletherapiebades in Bad Salzdetfurth gesichert werden kann, oder welche Alternativen sich ergeben“ könnten. Mit der Antwort vom 19.12.2022 auf die gemeinsame Anfrage vom 07.11.2022 (89 XIX) teilte die Verwaltung ergänzend mit, dass im Hinblick auf die Sanierung des Solebades eine baufachliche Untersuchung notwendig sei. Für eine weitergehende Einschätzung sei zudem eine Mittelbereitstellung erforderlich, „da ein derartiges Gutachten nicht aus dem laufenden Budget der Kurbetriebsgesellschaft zu erwirtschaften“ sei.

Nach einem Bericht in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung vom 03.06.2023 hat der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, u.a. zusammen mit Landrat Bernd Lynack, Kurbetriebsgeschäftsführer Thomas Oelker, dem Bürgermeister der Stadt Bad Salzdetfurth Björn Gryscha, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Kurbetriebsgesellschaft und SPD-Kreistagsfraktionschef Werner Preissner und mit dem stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden Andreas Koschorrek, das Solebad in Bad Salzdetfurth besucht. In dem Zeitungsartikel heißt es:

„Die Gesellschafter der Kurbetriebsgesellschaft, die Stadt Bad Salzdetfurth und der Landkreis Hildesheim, diskutieren bereits über eine grundlegende Sanierung oder einen Neubau. Egal, für was sie sich entscheiden, es wird teuer. Hohe zweistellige Millionenbeträge dürften dafür fällig sein. [...] Preissner erklärte, man wolle die Pläne „schlank halten“. Ob die am Ende auf einen Neubau hinauslaufen, ist noch offen.“

„Es gibt eine große Eilbedürftigkeit, Transparenz herzustellen, wie es weitergeht“, so **Josef Stuke** im Finanzausschuss.

Die Fraktionen haben daher weiter um die Beantwortung diverser Fragen gebeten und zur Kreistagssitzung einen weiteren Antrag eingereicht. Die Anträge sowie die Anfrage nebst Antwort sind wie gewohnt auf unserer Homepage unter der Rubrik Kreistag -> Anfragen und Anträge zu finden.

Unabhängige in Nordstemmen

Die Gemeinde Nordstemmen will die Asterschule fit für die Zukunft machen und mehr Platz schaffen. Der Raumbedarf an der langfristig vierzügigen Grundschule ist nicht nur wegen steigender Schülerzahlen groß. Auch für Inklusion und Ganztagsbetreuung fehlen geeignete Räume. Als Diskussionsgrundlage haben Verwaltung und Kollegium die Grundschule auf den Prüfstand gestellt und den Mehrbedarf ermittelt. Verwaltungsmitarbeiterin Nadine Wrobel hat den Vorentwurf für ein Raumprogramm, das sowohl den schulischen Unterrichtsanforderungen mit inklusiver Beschulung als auch dem wachsenden Bedarf an Ganztagsbetreuung Rechnung tragen soll, im Schulausschuss vorgestellt.

Demnach müsste das Gebäude beinahe doppelt so groß sein wie bisher. Aktuell gibt es vom Klassenzimmer bis zu Musikraum oder Mensa 47 Räume.

Auf dem Wunschzettel, den die Pädagogen unter Mitwirkung der Fachberatung „Unterrichtsqualität des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung“ für eine mögliche Erweiterung ihrer Schule erarbeitet haben, stehen 91 Räume. Wünschenswert sind aus Sicht des Kollegiums unter anderem drei neue Klassenräume, Inklusions- und Ganztagsräume, Lerninseln sowie ein jeweils eigener Raum für Kunst- und Werkunterricht. Die Mensa, die bereits heute aus allen Nähten platzt, soll vergrößert werden. Nadine Wrobel zufolge müssen die gut 100 Grundschüler, die zum Mittagessen in der Schule bleiben, derzeit in Etappen essen. Angesichts des enormen Platzbedarfs fühlte sich **Hajo Ammermann** (Unabhängige) förmlich „erschlagen“ und zeigte sich skeptisch, ob die Gemeinde alle Wünsche umsetzen können. In einem nächsten Schritt soll für eine konkretere Entwurfsplanung neben Verwaltung, Schule, Elternschaft und Politik auch ein Planungsbüro mit ins Boot geholt werden. (Quelle: LDZ 15.06.2023)

Noch bis zum 20. Juni könnte die Gemeinde Nordstemmen ihren Hut in den Ring werfen, um bei der Beschaffung eines neuen Fahrzeugs für die Ortswehr Klein Escherde von einem vom Land geschlossenen Rahmenvertrag zu profitieren. Das Für und Wider wurde ausführlich im Finanzausschuss diskutiert. Trotz eines erheblichen Preisvorteils will der Finanzausschuss zunächst den neuen Feuerwehrbedarfsplan abwarten. Mit zwei Enthaltungen sprach sich das Gremium gegen das Vorhaben aus. Die Entscheidung obliegt dem Verwaltungsausschuss. ...Mit Blick auf den Haushalt bewertete „Nicht-Feuerwehrmann“ Oliver Riechelmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender Unabhängige, die Anschaffung ebenfalls als „ein Brett“. Er konnte der Perspektive, zu einem späteren Zeitpunkt ein schlechteres Fahrzeugmodell für das gleiche Geld zu beschaffen, allerdings auch nicht viel abgewinnen. ... (Quelle: LDZ 17.06.2023)

Unabhängige in der Samtgemeinde Leinebergland

Gesplittete Kreisumlage war 2019 rechtswidrig

Das Verwaltungsgericht Hannover hat im Mai den Klagen der Samtgemeinde Leinebergland, den Flecken Duingen und Eime, wie der Stadt Gronau, in dieser ersten Instanz Recht gegeben und die „gesplittete Kreisumlage“ als rechtswidrig beurteilt. Sollte der Landkreis dieses Urteil nicht vor dem OVG anfechten, müsste eine Rückzahlung der erhöhten Kreisumlage aus dem Jahr 2019, insgesamt über 2 Mio. €, an die klagenden Kommunen erfolgen.

Bei den damaligen Verhandlungen zum Kindergartenvertrag gab es 2019 reichlich Unmut zwischen den Städten, Gemeinden, der SG Leinebergland und dem Landkreis, als Träger der Kinderbetreuung.

Zunächst wollten mehrere Kommunen den vorgelegten Vertrag des Landkreises nicht unterzeichnen, weil er absolut nicht auskömmlich war. Letztendlich verweigerte aber nur die Samtgemeinde Leinebergland die Unterschrift und der Landkreis musste die Aufgabe zu eigenen Kosten komplett selbst übernehmen. Im Gegenzug erhöhte der Kreistag die Kreisumlage für die Samtgemeinde von 55,8 auf 65%!

Damit sollte der Ausgleich im Verhältnis zu den anderen Kommunen geschaffen werden.

Als WGL Duingen konnten wir dieses Verfahren überhaupt nicht nachvollziehen, weil auch die Kreisumlage für die Mitgliedsgemeinden entsprechend erhöht wurde.

Diese waren doch nie ein direkter Vertragspartner mit dem Landkreis! Der Vertrag wurde nur mit der Samtgemeinde geschlossen.

Auch die inhaltliche Begründung zur Höhe der festgesetzten 65% war absolut nicht schlüssig. Deshalb haben wir es als WGL in den Räten politisch massiv mitinitiiert, gegen diese Festsetzung zu klagen.

Dieser erste Richterspruch bestätigt uns und wird sicherlich auch konkrete Auswirkungen auf zukünftige Festsetzungen der Kreisumlage haben.

gez. Wolfgang Schulz

Investitionsvolumen der Samtgemeinde bereitet der WGL erhebliche Sorgen

„Durchgängig, vom Bund, über das Land und den Kreis, bis hin zur SG Leinebergland, scheint Geld derzeit eine absolut untergeordnete Rolle zu spielen!“, so **Wolfgang Schulz**.

In der Verantwortung der SG Leinebergland liegen im übertragenen Wirkungskreis natürlich die Bereiche, die kostspielig und ohne Zweifel zu unterhalten sind! Bauhof, Feuerwehren, Kindergärten, Grundschulen

Aber, wenn man sich das Tempo und die Kosten anschaut, mit denen die Verwaltung auf die Politik zukommt, muss die Frage erlaubt sein, ob alles zwingend sofort und in dieser zeitlichen Reihenfolge erforderlich ist. Es wurden innerhalb weniger Jahre jeweils Millionenprojekte als Kindergärten (Gronau, Duingen), Feuerwehrgerätehäuser (Betheln, Eitzum) gebaut und weitere kostspielige Projekte sind bereits haushalterisch genehmigt. Ein neuer Bauhof in Gronau wird z. B. mit 6,1 Mio. € beziffert und das FFW-Gerätehaus in Marienhagen erhält einen Anbau für 1,6 Mio. €. Dort fehlte eine Fahrzeugbox. Im näheren Blickfeld stehen Neu-/Aus-/Umbauten von Kindergärten, Schulen und auch andere Gerätehäuser. Hinzu kommt die Ankündigung des SG-Bürgermeisters, dass für die Beschaffung von Fahrzeugen für die FFW'en in den nächsten Jahren weitere 2 Mio. € erforderlich sein werden.

Ich denke, es ist dringend an der Zeit, die politische Diskussion zu befeuern und einen neuen, konkreten Investitionsplan aufzustellen, der sich zunächst absolut am Notwendigen orientiert. Natürlich ist es schön, wenn alles neu ist und alle zufrieden sind, aber ist es noch mach- und finanzierbar? Diese Frage muss man sich auch vor dem Hintergrund stellen, dass sich die Haushaltslagen sicherlich nicht verbessern werden. Mit einer erhöhten Kreisumlage muss auch gerechnet werden.

Als WGL werden wir uns intern und auch in den „Ratsgruppen“ sehr klar mit dieser Problematik beschäftigen. Allerdings ist der Einfluss im Rat der Samtgemeinde eher gering, weil sich die Gruppe „SPD/Linke“ und die CDU fast immer einig hinter die Verwaltungsvorschläge stellen.

Da bleibt es lediglich, mahnend den Finger zu heben!
gez. Wolfgang Schulz

Hierzu passend ein Auszug aus einem Artikel aus der Leine-Deister-Zeitung:

Mehrkosten von knapp 1,9 Millionen Euro für den geplanten Neubau des Baubetriebshofes sowie Mehrausgaben von 500 000 Euro für die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Marienhagen zwangen Kämmerer Markus Ziese dazu, einen Nachtragsetat für die Samtgemeinde Leinebergland auszuarbeiten.

Diesem Zahlenwerk stimmte der Finanzausschuss jetzt während seiner Sitzung in Banteln einstimmig zu. Dabei machten die Kommunalpolitiker aber auch deutlich, dass ihnen die gestiegenen Investitionskosten große Sorgen bereiten. Im so genannten Ergebnishaushalt, der mit der Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens vergleichbar ist, bleiben die Zahlen unverändert. Hier belaufen sich die Erträge auf rund 27,2 Millionen Euro und die Aufwendungen auf knapp 28,8 Millionen Euro. Im Finanzhaushalt, der die Einnahmen und Ausgaben der Samtgemeinde beziehungsweise den tatsächlichen Geldfluss abbildet, stehen nun den Einzahlungen von 36,3 Millionen Euro Auszahlungen von rund 38,3 Millionen Euro gegenüber. „Die Tilgungen der Kredite belasten uns stark“, betonte **Mark Hollstein**. Und mit Blick auf die Mehrausgaben für das Feuerwehrhaus in Marienhagen stellte er fest: „Ich glaube nicht, dass insbesondere der Flecken Duingen diese Mehrausgaben auf Dauer bezahlen kann.“ Im Namen der CDU-WGL-Gruppe fügte er hinzu: „Das übersteigt unsere Vorstellungskraft, und wir haben Angst.“ ... (Quelle: LDZ 10.06.2023)

Unabhängige in der Samtgemeinde Leinebergland – Duingen

WGL Duingen und die Unabhängigen

Uwe Steinhäuser hat uns als WGL in Duingen zu einem sehr guten und offenen Austausch besucht und wir konnten uns sehr schnell auf eine intensive Zusammenarbeit einigen, die sich auch im gemeinsamen Erscheinungsbild widerspiegeln soll.

Wir arbeiten jetzt daran, wie wir die gewonnene Identität als WGL in unserer Kommune nicht verlieren, aber dennoch den Status „Unabhängige im Landkreis Hildesheim“ in den Fokus unserer Einwohner bekommen. Wir sind als WGL schließlich die „Unabhängigen“ politischen Vertreter im Flecken Duingen. So soll und muss man uns im Ergebnis auch wahrnehmen. Schließlich sind wir vor Ort die wirkliche Alternative zu den Parteien!
gez. Wolfgang Schulz

Wir engagieren uns:

Der Ortsrat von Adensen hatte eine Petition online gestellt, um etwas Bewegung in Sachen Hallerbrücke zu bekommen. Wir haben am 09.06.2023 die Petition beendet und die Ergebnisse an den Regionspräsidenten von Hannover, Steffen Krach, mit Kopie an den Landrat von Hildesheim, Bernd Lynack, geschickt. Wir haben 1189 UnterzeichnerInnen, die Petition wurde über 900x geteilt und es gab über 17900 Ansichten.

Außerdem bekamen wir eine Unterschriftenliste mit 125 Unterzeichner aus Gestorf und Mittelrode. Also insgesamt über 1300 Unterschriften innerhalb von gut 3 Wochen. Eine tolle Leistung, vielen Dank dafür!! Wir hoffen, dass diese Petition neue Impulse gesetzt hat, insbesondere bei der Springer Verwaltung.

Unser Landrat wird übrigens im Juli gemeinsam mit unserer Bürgermeisterin die (nicht mehr vorhandene) Hallerbrücke besuchen - eine gute Gelegenheit für unseren Ortsrat zur Diskussion!

gez. der Ortsvorsteher von Hallerburg und
der Ortsrat von Adensen

Die Unabhängigen in Harsum; Erfolg beim Stadtradeln

Wie im Vorjahr haben die Unabhängigen in Harsum, das Bündnis für Borsum, erfolgreich am Stadtradeln teilgenommen. Das Team startete mit 32 Akteuren, diese radelten eine Gesamtstrecke von 14.695 km. Damit lagen sie in der Wertung der Gemeinde Harsum weit vor den anderen Teams. Im gesamten Landkreis nahmen nach dem aktuellen Stand 460 Teams teil, das Borsumer Team belegte den 12. Platz. Davor lagen fast ausschließlich Teams mit einer deutlich höheren Zahl von Akteuren (bis zu 300), insbesondere die Hildesheimer Gymnasien und die Universität Hildesheim. In der Sonderwertung der "Parteien" lag das Bündnis im Landkreis mit deutlichen Abstand vorn. Leider nahmen von 618 Ratsmitgliedern und Abgeordneten nur 63 teil. Immerhin bietet dieser Wettbewerb eine gute Möglichkeit, evtl. Mängel des Radwegenetzes und fehlende Radwege festzustellen.

Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1– 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann

Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail vorstand@u-hi.de.

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: vorstand@u-hi.de